

Dresdener Neueste Nachrichten

Bezugpreise: Bei freier Zustellung ins Haus einchl. Erdgaslohn monatlich 2,00 RM.
 Halbmonatlich 1,00 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. einchl. 46 Pfg. Postgebühren
 (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandbestellungen: Für die Woche 1,00 RM.
Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Groß-Dresden 15 Pfg.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: Die 4-spaltige mm-Zeile im An-
 zeigenteil 14 Pfg., Einzeiliger und private
 Familienanzeigen 6 Pfg., die 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,20 RM.
 Nachsch. nach Maßstab I oder Mengenspreise B. Briefgebühr für Brief-
 anzeigen 30 Pfg., auschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach - Fernruf: Ostdeutsche Sammelnnummer 24601, Fernverkehr 27951-27953 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriapl. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366
Postfach: Dresden 2060 - Nichterlangte Einlieferungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Zeitschriften keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Wohin treibt die Tschechoslowakei?

Die Hochzeitsfeier im Haag — USA. sperrt Warenausfuhr nach Spanien — Danzig-polnisches Abkommen

Alarm um den Sandtschat

Verstärkte französisch-türkische Spannung
 Ministerialrat bei Maktürk

Telegramm unseres Korrespondenten

II. Paris, 7. Januar

In Paris verbreiteten sich gestern plötzlich alarmierende Gerüchte über eine angebliche Verschiebung des Konflikts zwischen Frankreich und der Türkei wegen des sogenannten Sandtschats von Alexandrette. Wir haben seinerzeit über den Beginn der Verhandlungen zur Erledigung der Frage des Sandtschats, d. h. des Verwaltungsbereichs von Alexandrette an der syrisch-türkischen Grenze, berichtet. Die Türkei verlangt von Frankreich, daß dem von der Türkei bewohnten Bezirk nach Anhörung des französischen Mandats über Syrien volle Autonomie gewährt wird. Darüber waren seit Mitte Dezember Verhandlungen zwischen Paris und Ankara im Gange. In Paris kündete man sich dagegen, die Wünsche Maktürks zu erfüllen. Die Verhandlungen hätten bisher aber, nach außen wenigstens, einen durchaus freundlichen Charakter, wenn auch ergebnislos verlaufen genommen. Frankreich verweigerte sich hinter dem Völkerbund und besperrte, nur im Rahmen der Völkerbundorganisation handeln zu können. Gestern erfuhr man, wie immer in solchen Fällen, eine „Studienkommission“ nach Alexandrette.

Jetzt berichtet man plötzlich über eine außerordentlich scharfe Sprache der türkischen Presse. Ferner bringt man die plötzliche Reise Maktürks nach Sülaimanien und die Konferenz von Sülaimanien mit der Sandtschatfrage in Zusammenhang. In Sülaimanien trafen der türkische Staatspräsident Maktürk, der Ministerpräsident, der Chef des Großen Generalstabs, der Minister des Meeres und der Innenminister zusammen und hatten eine vierstündige Unterredung.

In Paris stellt man sich außerordentlich verwundert und findet die türkische Haltung „unverständlich“. Man behauptet, es seien „bedauerliche Truppenbewegungen“ in der Nähe der syrischen Grenze im Gange. Die amtlichen französischen Kreise suchen die Erregung zu dämpfen. Immerhin gibt der „Welt Parisien“ an, daß der türkische Außenminister

Mehdi Keras, nach dem Scheitern der direkten Verhandlungen in Paris „in einem Zustand höchster Verärgerung“ abgereist

sei. Sehr aufregend ist, wie immer, „Ouvreur“, der u. a. behauptet, es hätten schon zwei türkische Divisionen marschiert an der syrischen Grenze, während Frankreich in Alexandrette und Antiochia nur drei Bataillone habe. Aber Frankreich könnte auf die unbedingte Unterstützung der arabischen Bevölkerung Syriens rechnen. Wie der „Welt Parisien“ meldet, ist es in Alexandrette und Antiochia gestern bereits zu Kundgebungen bei der Ankunft der Studienkommission des Völkerbundes

gekommen. Mehrere tausend Türken hätten die Straßen der Stadt durchzogen und hätten die Rückführung des Gebietes an die Türkei gefordert. Die arabische Bevölkerung habe GegenDemonstrationen veranstaltet.

Blutige Zwischenfälle in Polen

Jüdische Händler gegen polnische Geschäftsleute

Warschau, 7. Januar. (Durch Funkdruck)

In ungläublicher Wut griffen jüdische Händler auf polnische Geschäftsleute an. In Warschau, wo es am Mittwoch in Gensowo in der Wojewodschaft Maschowski. Der ärmere Teil der Bevölkerung dieses Städtchens boykottierte seit längerem die jüdischen Händler, die gerade wegen der Notlage vertrieben, aus ihrer Geschäftstätigkeit das letzte herauszuholen. Aus Ärger über die bereitete Abwehr der polnischen Bevölkerung fielen die Juden über die polnischen Händler her.

Die nationalistische Presse befaßt sich in ausläßlichen Redereien mit diesen skandalösen Vorgängen und erwidert, daß sie schon des öfteren in Gensowo Zusammenstöße zwischen Polen und Juden ereignet haben. Ueber einstimmend wird gesagt, daß die Juden die polnischen Händler herausgefordert und angegriffen haben. Im amtlichen Bericht heißt es, daß mehrere Juden verletzt wurden. Es wurden fünf Schwerverletzte festgestellt, von denen einer im Krankenhaus gestorben ist. Mehr Personen erlitten leichtere Verletzungen. Die Ausdreibungen müssen schon größere Ausmaße angenommen sein, da die Polizei 41 Verhaftungen vornahm. Der Tumult wurde dadurch noch ärger, daß sich die Schutzwache eines Polizeistations, der gerade entlassen hatte, entlob. Zwei Frauen wurden dabei verletzt.

Vorposten der Komintern

Budapester Blatt berichtet über Moskauer Maschinerie in der Tschechoslowakei

Bericht unserer Berliner Schriftleitung

Br. Berlin, 7. Januar

An Dand reichen Totschattenmaterial gibt das Budapester Blatt „Magyarok“ einen großen Aufsehen erregenden Bericht darüber, in welchem Ausmaß die Tschechoslowakei heute unter dem Einfluß Sowjetrusslands steht und insbesondere zum Vorposten der Komintern in Mitteleuropa ausgehalten wird. In dem Bericht, den der „Wölkische Beobachter“ wiedergibt, wird darauf hingewiesen, die Moskauer Regierung habe es verstanden, sich in der Tschechoslowakei

eine weitverzweigte, glänzend ausgestattete Maschinerie

zu schaffen, die in alle Zweige der inneren Verwaltung des Landes, der Polizei und der Gendarmerie, der Volkserziehung und der Winderheiten eingreife. Die militärischen Vertrauensmänner und Sowjetrusslands Moskauer Kontrollen heute tatsächlich die gesamte tschechoslowakische Armee. Wenigstens 2000 militärische Sowjetrusslands der Moskauer Regierung sind in der Tschechoslowakei tätig. Neben der offiziellen Kanstel

des tschechoslowakischen Staatspräsidenten arbeitet ein militärisches und politisches Büro der Komintern.

Der Bericht schließt weiter, wie die tschechoslowakische Armee heute von den militärischen Sachberatern umgeben wird, nicht um den Schutz des tschechoslowakischen Staates zu übernehmen, sondern „vielmehr einen Vorposten der Komintern in Europa zu bilden“. Die von den Sowjetrusslands Militär-„Ratgebern“ geforderte völlige Neuorganisation der tschechischen Armee werde schon nach sechs Monaten abgeschlossen sein. Die Artillerie, die Flugwaffe und die technischen Truppen seien bereits auf Grund der Sowjetrusslands Vorschritten umgebildet worden. Auf Anweisung der Sowjetrusslands Generalführer seien in den letzten Monaten Milliardenbeträge für bestimmte, von ihnen als unerlässlich notwendig erklärte Anschaffungen ausgegeben worden.

„Freunde des neuen Rußland“

Weiter berichtet das ungarische Blatt, die gesamte innere Verwaltung des Landes würde sehr planmäßig umgestaltet. Die Ausbildung der Polizei und Gendarmerie erfolge auf Grund der Lehrbücher des Moskauer Politbüros, in denen das Hauptgewicht auf den inneren Spionagedienst gelegt werde. In Zukunft würde das Bureaumittel und das Militär von der kommunistisch ausgebildeten und durchgeführten Polizei und Gendarmerie auf die politische „Zuverlässigkeit“ geprüft und kontrolliert.

Die tschechoslowakische Industrie gerate gleichfalls immer stärker unter den Einfluß Moskauer.

In den Hauptindustriestädten würde jetzt das entscheidende Gewicht nicht auf die Leistungsfähigkeit, sondern auf die Jugendlichkeit der Arbeiterschaft zu der kommunistischen Partei gelegt. Überall im Lande, von den großen Städten bis in die kleinsten Dörfer, seien Vereinigungen der „Freunde des neuen Rußland“ (die einst auch in Deutschland für Unwissen trübten und zum Teil von hochkapitalistischen Kreisen propagiert wurden — d. Schriftleitung) gegründet worden, die mit weitgehender Unterstützung der staatlichen Stellen offen Propaganda für Moskau betreiben. Sowjetrussische Agenten hielten auf den Veranstaltungen dieser Vereine Vorträge, in denen in einer außerordentlich geschickten Form Propaganda für den Kommunismus gemacht wurde. Überall würden harmlose Gesangs- und Musikvereine gebildet, die nach außen hin rein kulturellen Zwecken dienten, tatsächlich jedoch ausschließlich im Dienste der Komintern händeln. Besonders auffallend sei die äußerst lebhaft betriebene

Propaganda in den Winderheitsgebieten,

in denen Agenten in bestlicher, ungarischer und slowakischer Sprache kommunistische Vorträge hielten. In den Winderheitsgebieten erschienen plötzlich Zeitungen in der jeweiligen Winderheitensprache, die in getarnter Form kommunistische Propaganda betreiben. Die Zahl der in den Winderheitsgebieten tätigen Sowjetrusslands Agenten würde auf mindestens 1500 geschätzt. Ferner seien allein in Westmählen in den deutschsprachigen Gebieten der Tschechoslowakei und Rumänien

über 500 000 kommunistische Flugblätter verteilt

worden. Der Bericht gibt zum Schluß die Meinung eines nach der Tschechoslowakei entlassenen kommunistischen Professors wieder, der sich außerordentlich befreudigt über die Erfolge der kommunistischen Propaganda in der Tschechoslowakei äußert und feststellt, daß die kommunistischen Ideen in der Tschechoslowakei einen besonders günstigen Boden fanden.

Wird die Tschechoslowakei den Weg Spaniens gehen? Wenn so wie heute an der Wolodau fing es einst auch am Wagnyars an. Wenn so wie heute in Prag hat man einst auch in Madrid den Weg für Moskau freiergemacht. Die fürchterlichen Folgen für das spanische Volk sind jedem bekannt. Wie an der Grenze wissen, daß man

in weiten Kreisen nicht nur der Subtendenden, sondern auch der tschechischen Bevölkerung die Arbeit Moskauer in der Tschechoslowakei mit wachsendem Argwohn und wachsender Angst verfolgt. Die Spuren Spaniens schrecken denn doch allzu sehr. Aber die Sowjets haben sich nach dem Abbruch des französisch-tschechischen Vertrags schon allzu sehr eingeübt.

In Prager Regierungskreisen tut man sehr sehr ernsthaft, wenn über die Tätigkeit der Komintern oder der russischen Militärsmissionen in der tschechischen Armee berichtet wird. Man glaubt sich unüberlegliche Totschatten durch formale Dementis aus der Welt schaffen zu können. Man greift — ein sehr beliebter Kniff — irgendeine nebensächliche Einzelheit heraus, aber die vielleicht einmal nicht ganz korrekt berichtet wird, und dementiert sie mit vielem Geschrei, um von einer näheren Betrachtung der wirklich wichtigen Dinge, aber die an Dand von Dokumenten völlig richtig berichtet wurde, abzulenken. Diese Taktik ist allzu bekannt, als daß man noch länger auf sie hereinfallen könnte.

Ein Blick in die Prager Blätter oder ein Gang durch die Prager Kulturkreise macht jedem deutlich, wie ungeheuer stark der Einfluß Moskauer in unserem Nachbarlande geworden ist. Wie einst in Spanien stellen sich Theater, kulturelle Vereinigungen und auch ein Teil der literarisch-ästhetischen tschechisch wie deutsch geschriebenem Schrifttum bewußt oder halb bewußt in den Dienst des Kulturbolschewismus. Der beste Beweis hierfür ist der kulturelle Teil der deutsch geschriebenen „Prager Presse“, des offiziellen Organes der tschechoslowakischen Regierung, in dem Film, Theater und Literatur völlig unter dem Einfluß jener Leute stehen, die aus dem Lager der semioffenen „Freunde des neuen Rußland“ kommen. All das sind Dinge, die nicht abgegriffen werden können. Infolgedessen haben wir als Nachbarvolk angesichts der spanischen Erfahrungen die Pflicht, die Weiterentwicklung in der Tschechoslowakei mit gespanntester Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Englands neues Arsenal in Chorley

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 7. Januar

Die Arbeiten zur Verlegung des großen Arsenal in Chorley sind Chorley, nordwestlich Manchester, werden bereits Ende dieses oder Anfang des nächsten Monats abgeschlossen. 1939 soll der Bau beendet sein. Die Entwürfe für das neue Arsenal sind in besonderem engem Zusammenhang mit dem Kriegsministerium entstanden. Sie sollen einen völlig neuen und bisher noch unbekanntesten Typ von Werksstätten darstellen, die den Munitionsdarstellern vor allem bei Luftangriffen die größtmögliche Sicherheit gewährleisten. Damit der Schaden in solchen Fällen möglichst gering ist, wird das künftige Arsenal aus einer großen Anzahl von kleineren selbständigen Werksstätteneinheiten — von jeweils von 500 Einzelgebäuden — bestehen. Alle Werksstätten sollen durch unterirdische Gänge miteinander verbunden werden.

Im Brennspiegel

Wettlauf zwischen Washington und New York

Amerika hat gestern einen spannungsvollen Wettlauf erlebt mit außerordentlichen Partnern: dem Bundeskongress und der Rüstungsindustrie. Zeit Tagen schon wachte man in ganz U.S.A., daß die erste Tat der neuen Kongresssitzung das Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Spanien sein würde, und auch der südliche Waffler Gule wachte, daß seine Ausfuhrfirma am Abend des Mittwoch ein wertvolles Stück Papier sein würde. Im Desamplo eilten die Ozeanarbeiter, die „Mar Cantabrico“ mit seinen Flugzeugen, Adresse Cartagena, zu beladen. Während in Washington die Abgeordneten die Taten des Parlaments hinausdrückten, können aus New Yorker Rat die Krone und verdammt eine Ladung im Bauch des spanischen Tampfers, für die Herr Gule über zwei Millionen Dollar liefert. Als die Glocken zum ersten Schwingen durch das Parlament schrien, deutet die Abfahrtslinie der „Mar Cantabrico“ über den Ozean und landet eine auf dem Rat zurückgelassene große Rille mit Flugzeugteilen von der Gile der Abfahrt, Flugzeuge, Freitischen, Kriegsmaterial aller Art schwimmen auf Meer hinaus, während die Senatoren aus dem Munde Senator Pittman die Moskauerentscheidung hören gegen Ausfuhr amerikanischen Kriegsmaterials nach Spanien. Zwar erlebt man auf der „Mar Cantabrico“ und einen gewaltigen Schreck. Ein Rüstungswahltagung ruft heran, noch ehe die Dreimeilenzone erreicht ist, ein Rüstungswahltagung ruft heran, und zwingt zur Umkehr. Aber es ist nur ein Szenario zum Abschluß. Zwei vordem in Spanien für die Bolschewiken tätig gewesen und, wie üblich, von ihnen nicht bezahlte Flieger haben vom Richter einen Befehlsgewalt erhalten; aber er lautet auf die Schiffabgabe, nicht auf das Schiff selbst, der Kommandant der Rüstungswahltagung gibt das Schiff wieder frei und die „Mar Cantabrico“ gewinnt die hohe See, noch ehe der Kongress die Pittman-Entscheidung angenommen hat. Die Rüstungsindustrie hat die blutige Spiel gewonnen, der Kongress hat den Wettlauf um Stundenlänge verloren. Aber er hat das Urteil über diese Methoden gesprochen in seiner Feststellung, daß solche Ausfuhr gefährlich für den Frieden und die Sicherheit der Vereinigten Staaten sei. Fünf Jahre Gefängnis drohen fortan jedem, der solche Geschäfte der Rüstungsindustrie fortsetzen will, und Präsident Roosevelt hat mit seiner Unterschrift unter die Kongressakte den großen Schritt gemacht durch das Zusammenstoßen zwischen amerikanischem Rüstungskapital und spanischem Bolschewismus.

Ein Landesverräter

Die Danziger Volkskammer haben ein festes Neujahrsgedächtnis erhalten. Mit großer Befriedigung konnten sie auf das vergangene Jahr 1936 zurückblicken, das zum „Jahr der Einigung“ für Tansala geworden war. Der „Naturparkpart“ der Parteien und des Parlamentarismus“, den Danzig durch die Bindungen seines internationalen Status bildete, dieser Anarchismus von den Völkerbundes Genden, hatte aufgehört, eine tragische bemerkenswerte Tatsache der Danziger Politik darzustellen. Er hat ab. Die Tansaler Sozialdemokratie verwarf vom Schauspiel, das Danziger Zentrum schrampte zu einem kümmerlichen Haisstein, und bei den Danziger Deutschnationalen, anfänglich wilden Aufrufen zum Streite gegen die NSDAP, brach die bessere Erkenntnis durch. Derer im Schwellwinkel wurden immer weniger, derer, die sich unter der Fahne des Nationalsozialismus auch in Danzig zur großen Einigung fanden, überwiegend viele. Einer aber sah, wie sich jetzt herausstellt, diese Einigung der Danziger Deutschen nur mit schwerem Ingrimm im Herzen: Dr. Raufung, der ehemalige Präsident des Danziger Senats. Und er veröffentlichte, wie der „Danziger Vorposten“ nach einem Bericht der polnischen Agentur Press meldet, in der Wochenzeitung „Der Deutsche in Polen“, dem Sprachrohr der alten Zentrumskreise der früheren deutschen Landsleute in Polen, am Silvesterabend einen außerordentlichen Vorklass. Sein Oera schließt für die Gründung einer „Danziger Partei“, die alle bisherigen Opponenten gegen den Nationalsozialismus in Danzig zusammenfassen und die von Deutschen und Polen gemeinsam geführt werden soll. Das Dr. Raufung auch imh der Herrschaft des Völkerbundes über Danzig nachtrauert und seine Ausschaltung aus den Danzig-polnischen Beziehungen mit nekrologischer Stirn für sehr bedauerlich erklärt, übertrifft bei alledem keineswegs. Es runde nur das Bild dieses Rauners, der gerade im Augenblick, in dem der Parteienhaas in Danzig in den letzten Blüten liegt, von neuem den Antkapitel unter das Danziger Deutschtum werfen will. Es werden sehr wenig, da sein, die diesen Antkapitel aufheben